

Integration der Afroamerikaner:

1. Sklaverei bis zum Bürgerkrieg

Die ersten 20 Afrikaner kamen 1619 in Jamestown an, waren aber noch keine Sklaven. Erst als in den Südstaaten Arbeitskräfte knapp wurden, wurde das System der Sklaverei eingeführt. Die schwarzen Sklaven wurden im Rahmen des Dreieckshandels nach Amerika transportiert, wobei es zu einem Zusammenspiel europäischer und afrikanischer Sklavenhändler kam. "Von 1520 an blieb dieser Export [von Sklaven von der westafrikanischen Küste] 160 Jahre lang mäßig, umfasste insgesamt etwa 1 Million Menschen. Doch um 1680 wurden mehr als 10.000 Versklavte jährlich nach Amerika (nicht allein in die britischen Kolonien!) verbracht; [...] schon um 1720 betrug die Zahl 50.000 pro Jahr, in der 2. Hälfte des 18. Jh. erreichte man die Höchstmarke bei jährlich 80.000" (Flaig, a.a.O., S. 171).

"Insgesamt wurden von 1600 bis 1825 etwa 360.000 schwarzafrikanische Sklaven ins britische Nordamerika importiert, zwischen 1751 und 1775 jährlich 4.700" (ebda., S. 185). Um 1800 gab es etwa 1 Million schwarze Sklaven in den USA, um 1860 schon 4 Millionen (ebda., S. 185).

"Seit dem frühen 19. Jh. verlagerte sich die Sklaverei in den USA weitgehend auf die Baumwolle. Um 1860 arbeiteten fast 2 Millionen, also die Hälfte aller US-amerikanischen Sklaven, auf 74.000 Baumwollplantagen (ebda., S. 186). "Während in Jamaica 1834 auf einen Weißen zehn Schwarze kamen, betrug der Anteil der Weißen im gesamten Süden der USA etwa 67%" (ebda., S. 187). Im amerikanischen Süden gab es 1860 auch lediglich 260.000 Freigelassene.

Die US-amerikanischen Sklaven lebten zwar hinsichtlich Ernährung, Wohnung und Kleidung besser als europäische Arbeiter - sie lebten überwiegend nicht in Baracken, sondern in oft aus Stein erbauten und manchmal mit einfachen Möbeln eingerichteten Hütten -, auch wurden schwere und grausame Strafen im Rahmen des paternalistischen Selbstverständnisses der weißen Herren im Allgemeinen zurückhaltend verhängt, doch ohne schwere Körperstrafen wäre die Sklaverei zusammengebrochen und der Zustand der Entwürdigung war unübersehbar. Zwar war Erben von Plantagen manchmal verboten, geerbte Sklavenfamilien auseinanderzureißen oder Kinder unter 10 Jahren von ihren Müttern zu trennen, aber es geschah eben doch häufig genug und es gab keinen gesetzlichen Schutz für die Ehe von Sklaven (nach ebda., S. 185 ff.).

Der Rassismus war allgegenwärtig, Schwarze galten als minderwertig. "Am weitesten ging die Diskriminierung in den USA, insbesondere nach 1830, als das Wahlrecht auf alle (männlichen) weißen Bürger ausgedehnt wurde, während es den freien Schwarzen vorenthalten blieb, was sie praktisch aus der politischen Gemeinschaft ausschloss. In Virginia und Georgia wurde ihnen der Schulbesuch verboten; in Delaware und Louisiana war ihre Zeugenaussage gegen Weiße ungültig; in 7 Staaten mussten Freigelassene das Territorium verlassen; vielerorts folgten interrassische Heiratsverbote" (ebda., S. 189).

2. Abolitionismus

Der Abolitionismus - die Bewegung gegen die Sklaverei - stützte sich in den USA zunächst mit erstaunlichem Erfolg auf freikirchliche Publizisten und Prediger. "Sie kämpften in ihren Gemeinden hartnäckig darum, die Haltung zur Sklaverei zu einem Belang der alltäglichen Frömmigkeit zu machen; so wurde aus einer politischen Einstellung ein Verstoß gegen die Gemeindedisziplin" (Flaig, a.a.O., S. 201).

"Die Philosophen der Aufklärung folgten spät. Locke und Montesquieu blieben zweideutig. Erst die Schotten Francis Hutcheson und George Wallace entwickelten kohärente philosophische Kritiken an der Sklaverei; ihnen folgte - sehr radikal - Rousseau, danach Diderot und der Abbè Raynal" (ebda., S. 201).

Nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 schränkte die Verfassung von Vermont vom Juli 1777 "die Sklaverei so ein, dass sie de facto erlosch. Pennsylvanias Emanzipationsgesetz von 1780 sah vor, dass innerhalb von 28 Jahren die Sklaverei im Staat vollständig verschwinden sollte; ähnliche Gesetze verabschiedeten 1784 Connecticut und Rhode Island" (ebda.). Alle Staaten nördlich von Maryland schafften die Sklaverei zwischen 1789 und 1830 allmählich und zu unterschiedlichen Zeitpunkten ab, während die Sklaverei im Süden bestehen blieb.

Mit der Französischen Revolution und den Menschenrechtskatalogen in den USA und Frankreich nahm der Abolitionismus weiter Fahrt auf. 1791 begann der einzige erfolgreiche Sklavenaufstand auf Haiti unter Berufung auf die modernen Menschenrechte und im Februar 1794 verbot die französische Nationalversammlung für ihre Territorien die Sklaverei.

Großbritannien spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. 1807 verboten beide Häuser des Parlaments den Sklavenhandel innerhalb des British Empire mit überwältigender Mehrheit. 1808 schlossen sich die USA dem Verbot des Sklavenhandels an (im Süden wurde dieses aber nicht konsequent durchgesetzt). Seit 1814 versuchte Großbritannien, den Sklavenhandel über internationale Verträge auszutrocknen. "1841 kam es zu einem multilateralen Vertrag, welcher den Sklavenhandel auf eine Stufe mit Piraterie stellte und vorsah, die Weltmeere zu überwachen und Seeblockaden zu verhängen - im Dienste der Humanität. Danach patrouillierten bis zu 60 Kriegsschiffe in afrikanischen Gewässern, zuvorderst britische, aber auch französische und US-amerikanische. [...] Ab 1849/50 setzte die britische Marine eine weit gehende Blockade der westafrikanischen Küste durch und erdrosselte tatsächlich den dortigen atlantischen Sklavenhandel. Von 1807 bis 1867 fing man insgesamt 1.287 Sklavenschiffe ab. Den Sklavenhandel zu unterbinden war teuer; 90% der gesamten Last trugen die Briten, deren Marine zu diesem Zweck 15% ihrer Schiffe verwandte" (ebda., S. 207 f.). Die Briten wandten ein halbes Jahrhundert lang rund eine Viertelmillion Pfund oder 2 bis 6% ihres Marinebudgets dafür auf.

Für eine völlige Unterbindung der einträglichen Sklaverei reichte das aber nicht. Erst der amerikanische Bürgerkrieg brachte einen weiteren Schub.

Die bis heute wohl bekannteste amerikanische Abolitionistin war Harriet Beecher Stowe, die mit ihrem Roman "Onkel Toms Hütte" ein großes Publikum fand. Vor dem Bürgerkrieg wurde die Bewegung für die Abschaffung der Sklaverei in den amerikanischen Nordstaaten immer populärer, nicht zuletzt wegen des Romans.

3. Sklavenbefreiung im Bürgerkrieg und Emanzipation der Afroamerikaner während der Reconstruction

Obwohl die Sklavenbefreiung am Anfang nicht im Mittelpunkt des Konflikts gestanden hatte, wurde sie im Verlauf des Konfliktes wichtiger. Immer mehr geflohene Schwarze kämpften in den Reihen der Union, insgesamt etwa 186.000 Soldaten. Mit der Befreiung der Sklaven konnten auch die Rüstungsindustrie sowie allgemein die Wirtschaftskraft der Südstaaten getroffen werden. Nicht zuletzt setzte im Laufe des Krieges auch der Süden Schwarze als Soldaten ein. Der rechtliche Status der Sklaven blieb anfangs aber noch ungeklärt. Erst in der Emanzipationserklärung von 1862 (ehemalige Sklaven wurden „auf immer frei“ erklärt) und dann im 13. Zusatz (Amendment) zur US-Verfassung von 1865 (Abschaffung der Sklaverei im gesamten Staatsgebiet der USA) wurde eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Freiheit der ehemaligen Sklaven getroffen.

Die Phase von Wiederaufbau und Wiedereingliederung der Südstaaten von 1865 bis 1877, die so genannte Reconstruction, war auch eine Auseinandersetzung um Emanzipation und Integration der Schwarzen. Nur unter der Bedingung, dass die Südstaaten den 13. Verfassungszusatz anerkannten, wurden diese wieder in die Union aufgenommen.

In der Praxis unterliefen die Südstaaten aber die Emanzipation der schwarzen Bevölkerung. Besonders in Staaten mit schwarzer Majorität wie South Carolina, Mississippi und Louisiana waren ihre Rechtsbeschränkungen durch die so genannten Black Codes sehr strikt und erinnerten zum Teil an den gerade abgeschafften Status der Sklaverei; so wurde zum Beispiel die freie Berufs- und Ortswahl eingeschränkt.

Der 14. Zusatz zur Verfassung, der 1868 ratifiziert wurde, brachte dann eine Gleichbehandlungsklausel sowie das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren in den Bundesstaaten und legte die Grundlagen des Staatsbürgerschaftsrechts.

Der 15. Zusatzartikel von 1870 verbot Beschränkungen bei den Wahlen aufgrund von "Rasse, Hautfarbe oder früherer Knechtschaft".

Als Ergebnis der Reconstruction kann man festhalten: Parallel zu diesen politischen Maßnahmen gab es zwar Versuche, das Los der emanzipierten Sklaven zu verbessern, indem etwa den Freigelassenen ein Stück Land und ein Maulesel zur Verfügung gestellt wurden. Aber letztendlich gelang es den Südstaaten bis zum Abschluss der Reconstruction 1877, durch eine Vielfalt von Gesetzen und den Terror des weißen Geheimbundes Ku-Klux-Klan die Rechte und die Stellung von Afroamerikanern so zu beschneiden, dass sie Bürger zweiter Klasse waren.

4. Segregation

Als der Süden seine Selbstverwaltung zurückgewonnen hatte und die Reconstruction abgeschlossen war, taten die Weißen alles, um die neuen Verfassungszusätze zu sabotieren. Dies geschah einerseits in der täglichen Praxis, wo Schwarzen zum Beispiel der Zugang zu Parks, Hotels und anderen öffentlichen Einrichtungen untersagt wurde, andererseits auf der rechtlichen Schiene. "Das Oberste Gericht gab dabei regelmäßig den Einzelstaaten Recht gegen die Legislative des Bundes" (Flaig, a.a.O., S. 209).

Der entscheidende Fall vor dem Supreme Court war der Fall „Plessy gegen Ferguson“ im Jahr 1896. Der Gerichtshof entschied, dass eine Rassentrennung dann rechtmäßig sei, wenn Schwarzen gleichwertige Einrichtungen als Alternative zu denjenigen für Weiße angeboten würden. Diese als "Getrennt, aber gleich" bezeichnete Doktrin (separate but equal) führte zu einer generellen Rechtfertigung der Rassentrennung (segregation) in den USA.

Als die Gewalt gegen Schwarze in Form von Lynchmorden in den Südstaaten ein erschreckendes Ausmaß annahm, wurde 1909 die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), die älteste Bürgerrechtsbewegung, gegründet. Sie versuchte, "die Rechte der Schwarzen durch Musterprozesse einzuklagen. Die noch heute etwa 500.000 Mitglieder zählende Organisation konnte erhebliche Erfolge für sich verbuchen" (ebda.).

Dieser Text basiert auf:

Egon Flaig, Weltgeschichte der Sklaverei, München 2009

5. Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren

Im Zuge der Industrialisierung und wegen der Bedrückung im Süden setzte eine Binnenwanderung von Afroamerikanern von Süden nach Norden ein, wo allmählich schwarze Ghettos mit Armut, einem Mangel an Bildung, Drogenmissbrauch und Kriminalität entstanden. Die Diskriminierung führte zu erheblichen sozialen Unruhen.

Im Rahmen des Kalten Krieges bildete dann die Rassentrennung ein Propagandathema des kommunistischen Ostens gegen die USA. Tatsächlich vertrat sie sich schlecht mit dem eigenen Selbstverständnis der USA als Demokratie, die überall in der Welt die Menschenrechte hoch hielt.

Außerdem waren Anfang der 1960er Jahre bereits mehr als zwanzig Republiken in Afrika entstanden, deren Bevölkerung zu fast 100 Prozent aus Schwarzafrikanern bestand, und die schwarze Bevölkerung der USA hatte den Eindruck, dass dort mehr Freiheiten für Schwarze bestanden als in den USA.

Vor diesem Hintergrund bildete sich in den USA einerseits die Bürgerrechtsbewegung, andererseits sah die Regierung Kennedy ein, dass etwas getan werden musste.

Kennedy forderte die Integration der Schwarzen, "es sollten einige der Abgründe verschwinden, die bisher die weiße und die schwarze Bevölkerung politisch und sozial getrennt hatten." Die Schwarzen "sollten das Recht haben, die gleichen Hotels, die gleichen Restaurants, Kinos, Bahnabteile und Vergnügungsstätten wie die Weißen zu besuchen, und vor allem die gleichen Schulen" (nach L. L. Matthias, a.a.O., S. 390). Kennedy schlug dem Kongress deshalb die Verabschiedung eines Bürgerrechtsgesetzes (Civil Rights Act) vor, das die Rassentrennung in allen öffentlichen Einrichtungen verbot.

Die Folge war, dass ein großer Teil der Bevölkerung im Süden gegen die de-segregation rebellierte. Es gab Unruhen und Straßenkämpfe. "Der Hass war vor allem in den südlichen Staaten so stark, dass Reisende ihn mit einer Hitzewelle verglichen. Der Name Kennedy war das rote Tuch, das jeder Fremde zu erwähnen vermied. Es gab Leute, die große Puppen kauften, ihnen das Gesicht Kennedys gaben und sie mit einem Strick um den Hals aus dem Fenster hängten. Keine Polizei konnte es wagen, derartig gefährliche Demonstrationen zu bestrafen" (ebda., S. 389). Kennedy musste Bundestruppen in die Unruheherde der Südstaaten schicken. Der gemeinsame Schulbesuch schwarzer und weißer Kinder musste manchenorts auch schon unter der vorherigen Regierung Eisenhower mit Hilfe der Bundestruppen durchgesetzt werden.

Kennedy stützte sich auf die Bürgerrechtsbewegung. Diese wurde unter der Führung von Martin Luther King zunehmend auch von Weißen, v. a. im Norden, unterstützt. Ihren Höhepunkt erreichte die Bürgerrechtsbewegung im August 1963: 250.000 Menschen aller Hautfarben nahmen an einem Protestmarsch auf Washington, D.C. teil. Die Forderung lautete „Gerechtigkeit für alle“. Martin Luther King hielt seine berühmte Rede mit dem Satz: „I have a Dream“.

Dieser Text basiert auf:

L. L. Matthias, Die Kehrseite der USA, Reinbek bei Hamburg 1985

